



**BUNDESGESELLSCHAFT  
FÜR ENDLAGERUNG**

BGE | Eschenstraße 55 | 31224 Peine

Bundesamt für die Sicherheit  
der nuklearen Entsorgung

Wegelystraße 8  
10623 Berlin

vorab per Mail an:  
info@bfe.bund.de

Eschenstraße 55  
31224 Peine  
T +49 5171 43-0  
www.bge.de

**Ansprechpartner**

**Durchwahl**

**Fax**

**E-Mail**

**Mein Zeichen**

SG01101/2-1/4-2019#13

**Datum und Zeichen Ihres Schreibens**

06.11.2019

SV-BfE-BfE24102/02#0007/001

Datum 2. März 2020

## Zwischenbericht Teilgebiete – Ihr Schreiben vom 06.11.2019

Sehr geehrte [REDACTED]

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 06.11.2019, mit dem Sie von uns eine Darlegung der konkreten Planungen zur Datenveröffentlichung erbitten.

Mit Schreiben vom 23.09.2019 hatten Sie uns aufgefordert sicherzustellen, dass auch bei einer verzögerten Verabschiedung des Geologiedatengesetzes (GeoIDG) die Durchführung Ihrer Fachkonferenz Teilgebiete nicht gefährdet wird. Dabei haben Sie betont, dass eine erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung einen transparenten Umgang mit den zugrundeliegenden geologischen Daten erfordert.

Mit unserem Antwortschreiben vom 23.09.2019 haben wir Ihnen diesbezüglich vollumfänglich zugestimmt. Unsere dort erläuterte Einschätzung, dass keine Informationen auf ein Inkrafttreten nach dem 01.10.2020 hindeuten würden, wurde mittlerweile durch den Beschluss des Gesetzentwurfs durch das Bundeskabinett am 18.12.2019 bestätigt. Wir gehen aktuell von einem Inkrafttreten des Gesetzes noch in der ersten Jahreshälfte aus.

Sie weisen in Ihrem Schreiben mit Verweis auf die gesetzlichen Vorgaben zur Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete mitsamt der entscheidungserheblichen Tatsachen und Erwägungen darauf hin, dass die entscheidungserheblichen geologischen Daten möglichst frühzeitig zu identifizieren und die Vorarbeiten für deren Veröffentlichung vorausschauend zu pla-

Bundes-Gesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)

Sitz der Gesellschaft: Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)

Geschäftsführung: Stefan Studt (Vors.), Beate Kallenbach-Herbert, Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Staatssekretär Jochen Flasbarth

Kontoverbindung: Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg - IBAN DE57 2699 1066 7220 2270 00, BIC GENODEF1WOB

USt-Id.Nr. DE 308282389, Steuernummer 38/210/05728



nen und auszuführen seien. Grundsätzlich teilen wir diese Priorisierung. Jedoch müssen zunächst die geologischen Daten bei den zuständigen Landes- und Bundesbehörden abgefragt und für eine Verarbeitung aufbereitet werden. Darauf aufbauend sind für die Kriterien und Anforderungen Anwendungsmethoden gem. §§ 22 bis 24 Standortauswahlgesetz (StandAG) zu entwerfen und zu pilotieren. Ggf. sind daraufhin weitere geologische Daten abzufragen. Für die bereits weit fortgeschriebenen Anwendungsmethoden führen wir gemäß den Grundsätzen – partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend - nach § 1 Absatz 2 Standortauswahlgesetz eine Online-Konsultation durch und nehmen Anregungen und Empfehlungen zur Optimierung auf. Erst mit der finalen Anwendung der Kriterien und Anwendungen lässt sich die Entscheidungserheblichkeit verwendeter geologischer Daten bewerten.

Welche Daten tatsächlich entscheidungserheblich sind, wird sich deshalb sukzessive in den kommenden Monaten zeigen. Nach allen bisher bestehenden und im GeolDG-Entwurf (GeolDG-E) vorgesehenen Regelungen ist die Entscheidungserheblichkeit gem. § 13 Abs. 2 Satz 4 StandAG zentraler Teil der Abwägung eines überwiegenden öffentlichen Interesses gegenüber den Schutzrechten Dritter.

Im Vorgriff auf die erwartete Neuregelung der öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten im GeolDG-E erarbeiten wir derzeit Vorschläge zur Kategorisierung der entscheidungserheblichen Daten zur Übersendung an die Landesbehörden (§ 33 Abs. 8 GeolDG-E). Unser Ziel ist es, die Vorschläge mit Inkrafttreten des Gesetzes an die Landesbehörden übermitteln zu können.

Die wesentliche Basis für die Veröffentlichung der entscheidungserheblichen Daten wird für uns voraussichtlich die Regelung zur Veröffentlichung von 3D-Modellen gem. § 34 Abs. 4 Satz 4 GeolDG-E sein. Durch den insgesamt sehr langen Verzug des Geologiedatengesetzes, mit dem ausweislich des Abschlussberichts der Kommission Lagerung hochradioaktive Abfallstoffe bereits in der letzten Legislaturperiode gerechnet worden war und einem Inkrafttreten wenige Monate vor der geplanten Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete, bleiben jedoch auch Risiken für eine gleichzeitige und vollständige Veröffentlichung der entscheidungserheblichen Datengrundlage mit dem Zwischenbericht Teilgebiete bestehen.



So sind sämtliche jüngere nichtstaatliche Fachdaten, sämtliche nichtstaatliche Bewertungsdaten und sämtliche ältere nichtstaatliche Fachdaten, für die die sechsmonatige Frist noch nicht abgelaufen ist (vgl. § 29 Abs. 2 Satz 2 GeoIDG-E), nur nach Einzelfallabwägungen und entsprechender Anhörung (vgl. § 34 Abs. 1 bis 3 GeoIDG-E) zu veröffentlichen. Nach bisheriger Einschätzung gehen wir davon aus, dass diese Einzelfallabwägungen nur dann obsolet sind, wenn die betroffenen Daten in 3D-Modellen verarbeitet wurden und mit diesen 3D-Modellen veröffentlicht werden (vgl. § 34 Abs. 4 Satz 4 GeoIDG-E). Im Rahmen des Fachgesprächs der Grünen Bundestagsfraktion am 27. Januar 2020 stellte sich heraus, dass diese Auffassung nicht vorbehaltlos von allen anwesenden Fachleuten geteilt wurde. Die anwesenden Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums wollten die formulierte Regelung noch einmal dahingehend prüfen. Die BGE sucht hierzu das Gespräch mit den Ministeriumsvertretern.

Sollte sich unsere bisherige Auffassung zur Datenveröffentlichung im Kontext des § 34 Abs. 4 GeoIDG-E nicht bestätigen, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch Änderungen zu Ungunsten einer Veröffentlichung entscheidungserheblicher Daten im Sinne des StandAG ergeben oder sollte es zu bisher nicht abzusehenden Verzögerungen kommen, stehen folgende Übergangslösungen zur Verfügung:

- Das Nationale Begleitgremium (NBG) verfügt gem. § 8 Abs. 2 StandAG über ein umfassendes Akteneinsichtsrecht. Von diesem Recht plant das NBG als unabhängige Kontrollinstanz stärker Gebrauch zu machen und insbesondere die Methoden und Daten, die zur Ausweisung von Teilgebieten führen, näher zu überprüfen. Wir werden dem Begehren auf Akteneinsicht prioritär nachkommen und etwaige Hürden beseitigen. Es ist davon auszugehen, dass sich das NBG auch bei künftigen Akteneinsichtnahmen Sachverständigen bedienen wird, um eine fachliche versierte Kontrolle sicherzustellen. Dieser Weg scheint insbesondere für Fälle von Bedeutung, in denen Daten, die trotz Abwägung gemäß der geltenden Rechtslage nicht veröffentlicht werden können.
- Es könnte ein Vertrauensgremium geschaffen werden, das – bezogen auf die Verwendung des Wissens über die geologischen Daten - auf Verschwiegenheit verpflichtet und gleichzeitig vollen Zugang zu den geologischen Daten erhalten würde. Das Gremium könnte dann bspw. Kontroll-Aufträge aus der Teilgebietskonferenz umsetzen und so die Arbeit der BGE bestätigen oder ggf. auch Fehler aufdecken und kommunizieren. Konkrete Angaben



zu den Inhalten der geologischen Daten würden jedoch der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben werden können.

- Ist das Geologiedatengesetz bis zur Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete noch nicht in Kraft getreten, besteht zumindest grundsätzlich die Möglichkeit einer Veröffentlichung von entscheidungserheblichen geologischen Daten auf Basis von § 10 Umweltinformationsgesetz (UIG). Im Falle der Veröffentlichung nach UIG ist damit zu rechnen, dass in einer Vielzahl von Fällen Ablehnungstatbestände nach § 9 Abs. 1 UIG (personenbezogene Daten, Rechte am geistigen Eigentum, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) einschlägig sind. In diesem Fall ist die Zustimmung der Betroffenen einzuholen oder eine Abwägung im Einzelfall (besonderes öffentliches Interesse an einem transparenten und nachvollziehbaren Standortauswahlverfahren gegen das Geheimhaltungsinteresse des Einzelnen) vorzunehmen. Eine erteilte Zustimmung können die Rechteinhaber jederzeit zurückziehen, was keine dauerhafte Verfügbarkeit der Daten sicherstellen würde, weshalb nur die Daten nach UIG sicher öffentlich bereitgestellt werden könnten, für die jeweils in einer Einzelfallabwägung ein überwiegendes öffentliches Interesse rechtskräftig festgestellt wurde. Da diese Einzelfallabwägung erst nach dem Feststellen der Entscheidungserheblichkeit nach § 13 StandAG vollzogen werden kann, können die entsprechenden Abwägungen erst mit dieser Feststellung beginnen. Diese Abwägungen und die entsprechenden Verwaltungsverfahren erfolgen sukzessive und werden auch nach Veröffentlichung des Zwischenberichtes Teilgebiete fortgesetzt.
- Unabhängig von etwaigen Regelungen in GeoIDG und UIG besteht immer die Möglichkeit, einzelvertragliche Vereinbarungen mit den jeweiligen Rechteinhabern zu schließen und das Recht zur Veröffentlichung so zu erwerben. Der Ankauf von Rechten zur Veröffentlichung wäre vordringlich für die Daten geboten, die entscheidungserheblich im Sinne des § 13 StandAG sind. Damit können die Vereinbarungen mit den Rechteinhabern erst dann sukzessive geschlossen werden, wenn die entscheidungserheblichen Daten nach Anwendung der Kriterien und Anforderungen nach §§ 22 bis 24 StandAG feststehen. Da für jedes entscheidungserhebliche Datum dann ein "Monopol" für den Erwerb der Rechte besteht und die BGE durch gesetzliche Pflichten auf die Rechte angewiesen ist, sind entsprechende Preise nicht abschätzbar. Zudem wäre die BGE auf die Verhandlungsbereitschaft der Rechteinhaber angewiesen, die neben finanziellen Mitteln für die Veröffentlichung als



Gegenleistung auch ein Mitspracherecht bei der Veröffentlichung der geologischen Daten verlangen können. Ein Ausgang derartiger Vertragsverhandlungen ist derzeit weder zeitlich noch inhaltlich vorherzusehen.

- Eine weitere diskutierte Alternative stellt die Einrichtung eines Datenraumes dar, der nach der Unterzeichnung einer Verschwiegenheitserklärung physisch besucht werden könnte. Eine so für alle offene, wenn auch mit der Verschwiegenheitserklärung eingeschränkt zugängliche Datensammlung, wird die BGE, nach derzeitiger Bewertung, mangels gesetzlicher Grundlagen nicht einrichten können. Eine Art "Akteneinsichtsrecht", vgl. Akteneinsichtsrecht der Mitglieder des NBG, müsste hier erst als Rechtsgrundlage für einen privilegierten Zugang geschaffen werden. Die aktuelle Gesetzeslage kennt nur Auskunftsverlangen über UIG-Verfahren, keine Bereitstellung von Daten, auch nicht von extrahierten Titeldaten, von Dritten auf Plattformen. Um eine Übersicht über vorhandene Daten in einem Datenraum geben zu können und den Interessierten eine Möglichkeit geben zu können, ein Einsichtersuchen bei den Rechteinhabern nichtstaatlicher Daten zu platzieren, wären ebenfalls einzelvertragliche Vereinbarungen mit den Rechteinhabern zu schließen. Das lässt die Einrichtung eines solchen Datenraums zwischen Anwendung der Kriterien und Anforderungen nach §§ 22 bis 24 StandAG und der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete Ende des 3. Quartals 2020 in beiden denkbaren Konstellationen nicht realistisch erscheinen.

Wie oben geschrieben, gehen wir zum Stand heute nicht davon aus, dass diese Alternativen notwendig werden, da der Gesetzgebungsprozess zum Geologiedatengesetz entsprechend voranschreitet. Für nichtstaatliche Fach- und Bewertungsdaten sind dann die Regelungen des GeolDG einschlägig.

Sollte sich die Auffassung der BGE zur Veröffentlichung der für die 3D-Modelle entscheidungserheblichen Daten mit der Veröffentlichung des eigentlichen 3D-Modelles gem. § 34 Abs. 4 Satz 4 GeolDG-E nicht bestätigen, wäre über das aktuelle Gesetz die öffentliche Bereitstellung der selbst erstellten Modelle abgedeckt, nicht aber die der dahinterliegenden entscheidungserheblichen Daten. Für alle entscheidungserheblichen nichtstaatlichen Bewertungsdaten und jüngeren Fachdaten, müsste dann nach der erfolgten Kategorisierung durch die Bundesländer eine Einzelfallabwägung nach § 34 Abs. 1 bzw. 2 GeolDG-E durchgeführt werden, die nach § 34 Abs. 3 GeolDG-E auch eine Anhörung vorsieht. Die Zahl der entscheidungserheblichen



Daten wird sich erst im weiteren Verfahren bei der Anwendung der derzeit erarbeiteten Methodiken für die Anforderungen und Kriterien gem. §§ 22 bis 24 StandAG ergeben. Es stünde jedoch eine Einzelfallabwägung für eine Fallzahl im unteren vierstelligen Bereich zu befürchten, verbunden mit allen terminlichen und rechtlichen Risiken, die solche Verwaltungsverfahren bergen.

Damit entsteht ein zeitliches Risiko für die Veröffentlichung der entscheidungserheblichen Daten. Dies ist einerseits durch den Zeitbedarf für die Umsetzung der Kategorisierung durch die zuständigen (Landes-)Behörden gem. § 36 GeoIDG-E begründet. Im Gesetz ist vorgegeben, dass dieser Schritt von den zuständigen Behörden innerhalb von vier Wochen zu erfolgen hat. Ob diese Verwaltungsakte jedoch auch in dieser Zeit abgeschlossen werden können, ist fraglich. Andererseits wird für die Veröffentlichung nach Einzelfallabwägung gem. § 34 Abs. 1 und 2 GeoIDG-E auch eine Anhörung durch die BGE gem. § 34 Abs. 3 notwendig, verbunden mit den entsprechenden Abläufen, Fristen und Rechtsbehelfsmöglichkeiten der Betroffenen.

Wir werben deshalb für eine dem öffentlichen Interesse an den Daten über den Untergrund der Bundesrepublik Deutschland (und insbesondere denen für das Standortauswahlverfahren entscheidungserheblichen) angemessene aber auch möglichst pauschale Regelung für die öffentliche Bereitstellung der nichtstaatlichen Fachdaten und Bewertungsdaten in Form einer möglichst unwiderlegbar ausgestalteten gesetzlichen Vermutung im Geologiedatengesetz selbst. Mindestens bedarf es für eine termingerechte Veröffentlichung des wesentlichen Teils der entscheidungserheblichen Daten jedoch der Sicherstellung, dass mit den 3D-Modellen gem. § 34 Abs. 4 Satz 4 GeoIDG-E auch die dahinterliegenden Daten veröffentlicht werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Steffen Kanitz  
Stellv. Vorsitzender der Geschäftsführung



Bereichsleiter Standortauswahl